

Herausgeber und verantw. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Mittwoch, den 19. Dezember 1923. Zweite Ausgabe.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

Bürgermeister Seitz eröffnet um 5 Uhr 45 Min. die Sitzung und erteilt vor Eingang in die weitere Budgetdebatte dem Vizebürgermeister Emmerling das Wort. Dieser führt aus:

Im Jahre 1923 wurde in den Notstandsprogrammen auch vorgesehen neue Strassenbahnlinien zu schaffen und es wurde auch ein Projekt zur Wiederbelebung des ruhenden Stadtbahnverkehrs ausgearbeitet. Am 25. August wurde der Kommission für Verkehrsanlagen der Antrag gestellt, der Gemeinde Wien die Stadtbahn in den Betrieb zu übergeben und diesen Betrieb vollständig auf ihre Kosten zu führen. Die Dauer der Betriebsführung durch die Gemeinde Wien sollte auf einen Zeitraum von 30 Jahren festgesetzt werden. Im Oktober d. J. kam es zu ernsteren Verhandlungen. Doch erst am 1. Dezember wurden durch Intervention des Herrn Bürgermeister die Verhandlungen so weit abgeschlossen, daß man sagen konnte, es werde in Kürze ein diesbezüglicher fixer Vertrag zum Abschlusse gelangen. Es hat sich in der Zwischenzeit die Verkehrsanlagekommission als nicht sonderlich arbeitsfähig erwiesen und es sollen nun Organe der Regierung, des Landes und der Gemeinde eine neue Instanz bilden. Ueberdies sollen diesbezügliche Gesetze durch Bund, Land und Gemeinderat geschaffen werden. Es wurde festgelegt, daß alle Linien mit Ausnahme der Vorortelinie von der Gemeinde zu übernehmen sind, die auf diesen Linien einen elektrischen Schnellbahnverkehr führen wird. Die Gemeinde Wien übernimmt eine Reihe von Bediensteten aus dem Stande der Bundesbahnen, doch soll auch der Land und verpflichtet werden, bei Ablauf des Vertrages oder bei seiner vorzeitigen Lösung einen bestimmten Teil der Angestellten in seine Dienste zu übernehmen. Bis zum Sommer sollen vor allem die jetzt vollständig ruhenden Linien wieder in Betrieb gesetzt werden. Im übrigen wird noch Gelegenheit sein über die technischen Detailfragen des Näheren zu sprechen.

Redner beantragt: Der Abschluß eines Vertrages wegen Überlassung der vorerwähnten Stadtbahnlinien an die Gemeinde Wien - städtische Strassenbahn und der Abschluß des Anschlußvertrages für die Mitbenützung des Bahnhofes Heiligenstadt

wird genehmigt; die Direktion der städtischen Strassenbahn wird ermächtigt, hinsichtlich der Bahnhöfe Hütteldorf-Hacking und Hauptzollamt analoge Anschlußverträge abzuschließen. Ferner:

Die Bedingungen und Modalitäten über die Durchführung des Angebotes der Gemeinde Wien, betreffend die Übernahme der erwähnten Stadtbahnstrecken und ihre Umgestaltung für den elektrischen Betrieb, werden zustimmend zur Kenntnis genommen. Der Bericht wird ohne Debatte angenommen.

Es wird nunmehr der Voranschlag der Verwaltungsgruppe für Wohlfahrtswesen und Jugendfürsorge in Verhandlung gezogen. Die Beratung wird vom städtischen Wohlfahrtsreferenten amtsführenden Stadtrat Professor Tandler eingeleitet. Er führt aus:

Ich möchte abweichend von den Zahlen des Budgets einige Details herausheben. Die allgemeine Fürsorge erfordert nach dem Voranschlag im kommenden Jahre 235.4 Milliarden Kronen. Diese starke Erhöhung gegenüber dem Jahre 1923 ist auf die Hinaufsetzung der Erhaltungsbeiträge zurückzuführen. Wir haben für das Jahr 1923 für die offene Fürsorge rund acht Milliarden ausgegeben, während für das Jahr 1924 diese Ausgaben 66.8 Milliarden betragen werden. Das ist auf eine gewisse Erhöhung der Pfründen von 90.000 bis zu 250.000 K monatlich zurückzuführen wozu noch

in bestimmten Fällen monatliche Wohnungsbeiträge von 10.000 K kommen. Zu diesen Ausgaben sind noch 1.5 Milliarden für Arzneien und 1.2 Milliarden an Ueberführungskosten für diese alten Leute hinzuzuzählen. Die geschlossene Fürsorge erfordert rund 100 Milliarden, wobei besonders der Andrang in das Asyl- und Werkhaus, das Ausgaben von 6.9 Milliarden verursacht, infolge der Verelendung des Volkes bemerkenswert ist. Dieses Kapitel ist ein besonders schwieriges geworden. Stark gestiegen sind auch die Ausgaben für die Jugendfürsorge. Die Ausgaben für unsere Waisenhäuser sind mit neun Milliarden, für die Kinderpflegeanstalten mit 29 Milliarden, für die öffentliche Jugendfürsorge mit 31 Milliarden und für die geschlossene Fürsorge mit 12 Milliarden, zusammen also mit 81 Milliarden Kronen veranschlagt. Dazu kommen noch 38 Milliarden als Pflegebeiträge für arme Kinder, die wir ebenfalls bedeutend erhöht haben, so daß jetzt bei Säuglingen und Kleinkindern bis zu 450.000 K monatlich gegangen wird. Wir sind besonders bestrebt, diese Kinder in die Familienpflege zu bringen. Die gesamte Jugendfürsorge verursacht Ausgaben von 124 Milliarden, wozu noch die Ausgaben für Gesundheitspflege mit 121 Milliarden kommen.

Für den Sanitätsbetrieb betragen die Ausgaben 9.6 Milliarden, die sich aus der großen Zahl der Krankentransporte, die wir durchzuführen haben, erklären. Jedenfalls haben wir auch hier unsere Pflicht voll erfüllt. Gestiegen sind auch die Ausgaben für die Irrenpflege von 44 auf 54 Milliarden. Wir haben heute unsere Irrenhäuser wenn auch nicht überfüllt, so doch gefüllt. Das Krankenhaus in Lainz weist gegen das Jahr 1923 eine Ausgabensteigerung von 4 Milliarden auf und beträgt der Aufwand 30.4 Milliarden. Diese Steigerung hat ihre Begründung in der Erhöhung der Löhne und sonstigen Bedarfsartikeln. Zum erstenmale ist im Voranschlag auch ein Kinderspital enthalten. Es ist dies das von der Gemeinde übernommene Karolinen Kinderspital, für das zwei Milliarden in den Voranschlag eingesetzt wurden. Die Ausgaben für die Tuberkulosebekämpfung umfassen 35 Milliarden. Sie erklären sich aus der Reihe von Maßnahmen, die die Gemeinde kontinuierlich fortsetzt und auch im kommenden Jahre durchführen wird. Von den 21.000 Betten, über die die Gemeinde verfügt, gehören 2000 für die Tuberkulösen. Sie sind teils in eigenen Anstalten, teils in fremden, wie in HÖrgas, Bazzenbach und Grämenstein vorhanden. Ein Teil der Tuberkulosenbekämpfung besteht in der Erhaltung der Tuberkulosefürsorgestellen, mittelst der wir die Kranken erfassen. Wir haben eine Zentralstelle des Tuberkulosenachweises errichtet, wodurch wir über den Krankheitszustand der Befürsorgten jederzeit genau unterrichtet sind. Das hat aber auch den Vorteil, daß wir genau wissen, wieviel Betten uns zur Verfügung stehen und also unbenützte Betten ein Ding der Unmöglichkeit sind. Heute ist es tatsächlich so, daß jede Person, die an Tuberkulose erkrankt, zum Arzt gewiesen wird, der sie untersucht und die geeignete Heilstätte vorschreibt. Dadurch wird vermieden, daß Kranke, für Heilstätten vorgemerkt werden, die ihrer Krankheit gar nicht entsprechen. Ich fühle mich verpflichtet mitzuteilen, daß die Aufnahme in eine Heilstätte nur dann erfolgt, wenn der Kranke auch die Bestätigung vorweisen kann, daß er sich in der Behandlung einer Tuberkulosefürsorgestelle befindet. Wird der Kranke aus der Heilstätte entlassen, so geht noch am selben Tag die Mitteilung an diese Fürsorgestelle, die sich weiter um seinen Gesundheitszustand zu kümmern hat. Aus diesem Grunde haben wir nicht nur die Zahl dieser Fürsorgestellen, sondern auch das Personal vermehrt. Wir hoffen, daß wir auf diese Weise eine gewisse rationelle Art in die Tuberkulosebekämpfung hineingebracht haben. Auch die andere Form der Tuberkulose, die der Knochen und Drüsen wird von uns energisch bekämpft. Zu dem schon bestehenden Anstalten haben wir vom Land noch Lussingrand übernommen, wo 70 Kinder turnusweise untergebracht sind und überraschende Erfolge aufgewiesen werden können.

Zweiter Bogen

GR. Huber (chr. soz.): In die Gruppe für technische Angelegenheiten ^{gehören} auch der Steinbruch von Mauthausen und das Schotterwerk Kaltbrunn. Man könne beobachten, daß dort die Arbeitsleistung nicht mehr so vorgenommen werde, wie früher. Ehemals habe man den Stein gebrochen und gleich an Ort und Stelle verarbeitet. Heute aber müsse man den Stein erst in die Werkstätten schaffen, von wo der fertige Stein und der Abfall erst wieder abtransportiert werden müssen. Das ergebe natürlich ein bedeutendes Mehr an Arbeitsleistung und Kraftaufwand. Es sei dort auch die Mechanisierung des Betriebes eingeführt worden, nachdem man aus öberösterreichischen Kraftwerken den Strom beziehe. Man könnte eine Seilbahn schaffen, die den Stein zum Lagerplatz an der Marbacher Linie bringt. Ebenso wäre es leicht möglich, von einer zweiten Arbeitsstelle zur Lände eine elektrische Kleinbahn zu legen, die den Stein beförderte, wodurch der heute bestehende Pferdebetrieb überflüssig gemacht würde. Bei Besprechung der Gartenanlagen ersucht Redner den Referenten gelegentlich der Umgestaltung des Schmelzer Friedhofes den Denkmalpark zu belassen. Weiter wünscht er den Strassenpflasterungen im 13. Bezirk mehr Aufmerksamkeit zu schenken. Im Voranschlage sind für diesen Zweck ungenügende Summen vorgesehen, obgleich sich besonders im 13. Bezirk, darunter in Breitensee, Speising und Penzing, viele Strassen in geradezu schauerhaftem Zustande sich befinden. Auch die öffentliche Beleuchtung sei in diesem Bezirk mangelhaft, namentlich die Hugelgasse bis zur Sturzgasse und die Breitenseerstrasse mögen in die elektrische Beleuchtung einbezogen werden.

VB. Hoss verweist auf den Zustand, der dem städtischen Patronat unterstehenden Kirchen und Kapellen, für deren Erhaltung im Budget nur eine Summe von 41 Millionen eingesetzt ist. Mit diesem geringen Betrag könne man unmöglich für eine anständige Instandsetzung aufkommen. Redner stellt den Antrag, die Post von 41 Millionen auf 300 Millionen zu erhöhen. Weiter verweist er darauf, daß die städtische Landwirtschaft in Mauthausen mit dem Granitwerk gemeinsam verrechnet werde, so daß nicht zu ersehen ist, ob die Landwirtschaft aktiv oder passiv ist. Er ersuchte das nächste Jahr eine getrennte Buchführung vorzunehmen. Eine der grössten Schwächen des Programmes sei die Strassen-erhaltung, der Strassenbau und die Strassenpflege. Wenn auf diesen Gebiete kein Wandel eintrete, werde ^{es} in Wien bald keine gute Strasse mehr geben. Trotzdem in der letzten Zeit viel Geld ausgegeben wurde, sind die Strassen sehr schlecht, die Mehrheit möge endlich die Fehler, die hier begangen wurden, erkennen und eine rationelle Strassenpflege durchführen. Es gehe nicht an, daß jahrelang keine Herstellungen erfolgten und dann mit einemmal aus durchsichtigen Gründen die bisher thesaurierten Gelder aufgewendet werden, um zu beweisen, daß die Gemeinde nun finanziell geordnet ist. Unerlässlich sei die rechtzeitige Aufstellung eines vernünftigen Strassenprogrammes. Das frühere Regime habe einen gewissen Stolz darauf gelegt, während der Budgetberatungen aus den Kreisen der Gemeinderäte Bezirkswünsche zu übernehmen. Jetzt scheine ein förmliches Verbot zu bestehen, daß solche Wünsche hier vorgebracht werden, obgleich es gewiß ist, daß die Vertreter aus den einzelnen Bezirken mit vielem unzufrieden sind.

Ähnlich wie mit der Strassenpflege stünde es auch mit der Beleuchtung. Man glaubte, es werde nach den Wahlen alles so werden, wie es im Frieden war. Aber wo man nun hinkommt, herrscht Finsternis. Im 21. Bezirk beleuchtete man zwar einen großen Teil der Pragerstrasse. Diese hätte es aber gar nicht so sehr notwendig, weil gerade hier eine Anzahl von Geschäften ist, die bis in den Abend hinein, durch die Auslagenbeleuchtung auch die

Strasse mit Licht versehe. Rechts und links von dieser Hauptstrasse aber sei für eine derartige Beleuchtung nichts vorgesehen. Hier könne man in den Gruben der Strassen zu Schaden kommen. Es wäre gut, wenn

weniger mit großer Aufmachung, als viel mehr mit wirklichem Ernst und Eifer gearbeitet würde. Man dürfe sich nicht immer nur der Presse bedienen, sondern müsse endlich einmal an die ernste Arbeit schreiten. Bei der Neuerbauung der Brigittabrücke müsse man zeitgerecht für eine provisorische Brücke Vorsorge treffen, damit sich nicht eine unvorhergesehene Schwierigkeit für die Bevölkerung des 20. und 21. Bezirkes ergebe, die gezwungen würde, auf riesigen Umwegen nachhause zu kommen. Auch bezüglich des Anparkes und der Jedlseeerstrasse sei zu wünschen, daß endlich einmal die Verhandlungen mit dem Stift Klosterneuburg beendet und die vorhandenen Differenzen bereinigt würden. Es wart en schon mehr als 15 Familien darauf, endlich einmal ihre Einfamilienhäuser bauen zu können, wenn die Streitigkeiten zwischen der Gemeinde und dem erwähnten Stifte beseitigt wären. Die ^{Strassenreinigungs-}maschinen sind zweckmässig, aber man müsse Sorge tragen, daß ihre Arbeit vervollständigt werde. Es ginge nicht an, daß tagelang der Strassenschmutz im Rinnal herumliege, um schliesslich vom Wind und Regen beseitigt oder wenn es gut geht von einem Strassenkehrer mit dem Handbesen weggekehrt zu werden. Es möge der Herr amtsführende Stadtrat die Ausführungen beachten und beherzigen und Sorge tragen, daß die Arbeit, die im Jahre 1923 vollständig unüberlegt durchgeführt, der Gemeinde riesige Summen kostete, im kommenden Jahre in vernünftigerer Weise geleistet würden. (Beifall)

GR. Panosch (chr. soz.): Die Strassenpflege sei heute in Wien durch die Verhältnisse der Kriegs- und Nachkriegszeit ins Arge geraten. Es sei nicht immer möglich gewesen die erforderliche Arbeit zur rechten Zeit durchzuführen und so hätten sich mancherlei Uebelstände angehäuft. Sehr schlimm sei es in diesem Belange auf der Wieden bestellt. Hier wären Strassenzüge derart verwahrlost, daß es vorgekommen sei, daß Gesellschaften und Veranstaltungen des abends von Leuten nicht gesucht oder erreicht werden konnten, nur aus dem Grunde, weil sie infolge des schlechten Zustandes der Strassen und der fehlenden Beleuchtung in Pfützen geraten waren, in denen sie Kleider und Schuhe verdarben. Dies alles nur wenige Minuten entfernt von der Oper, dem Zentrum der Stadt. Wahrhaftig ^{ein} Grobstaad vollkommen unwürdiger Zustand! Die mangelnde Beleuchtung begünstige nur verbrecherische Individuen bei ihren Raubanfällen, die sich schon mehrere Male ereigneten. Es sei noch durchaus nicht erwiesen, ob das nun zur Einführung gelangende Coloniasystem wirklich das zweckentsprechendste sei. Redner glaube vielmehr, es würden sich aus dem System aus verschiedenen Gründen noch gewaltige Ausgaben, die bei anderer Kehr-richtabfuhrart leicht vermieden würden, ergeben. Was die Kehrrichtverwertung anlange, seien gerade im städtischen Elektrizitätswerke schon vielfache Versuche zur Verbrennung des Kehrrechts und zur Gewinnung elektrischer Kraft aus dieser Verbrennung gemacht worden. Wenn man ein Krematorium zur Leichenverbrennung geschaffen habe hätte man weit zweckmäßiger und nützlicher einen Kehrrechtsverbrennungsofen erbauen sollen. Auf den Märkten möge man endlich daran gehen, die Zahl der vorhandenen Abfallkästen zu vergrößern und die schon dort befindlichen Kästen zu erneuern. Der Zustand der Gemeindegäuser sei nicht in allen Fällen ein günstiger, sondern in vielfacher Weise herrschte in ihnen ganz unwürdige Verhältnisse.

Ich will nun feststellen, daß dieser Voranschlag an bevölkerungspolitisch produktiven Ausgaben eine Summe von 259 Milliarden und an rein humanitären, also bevölkerungspolitisch unproduktiven Ausgaben 286 Milliarden enthält. Wir sind also dem Ideal, das die produktiven, die unproduktiven Ausgaben überragen, wenn nicht nahegekommen, so doch nicht zurückgesunken und auf derselben Linie geblieben wie im Jahre 1923. Mein Referat gehört zu den heikelsten der Gemeindeverwaltung. Ich muß hier in öffentlicher Gemeinderatssitzung jenen Mitarbeitern meines Ressorts, die ihre Pflicht in den schwierigsten Lagen selbstlos erfüllt haben, den besten Dank ausdrücken. Ich halte das für eine selbstverständliche Verpflichtung und bitte Sie das Budget dieser Verwaltungsgruppe anzunehmen. (Beifall)

GRin. Dr. Metzke (chr. soz.) erklärt, die Opposition könne auch diesem Teile des Voranschlages nicht zustimmen, weil sie außerstande sei, nachzuprüfen, inwieweit die angeführten Ziffern notwendig und inwieweit sie richtig sind. Das lasse sich an dem Beispiel der Verrechnung über das Krematorium erkennen. Bei der genauen Nachprüfung der Einnahme- und Ausgabe-posten ergebe sich der Schluß, daß das Krematorium nicht eine Aktivpost, sondern eine Ausgabe-post für die Gemeinde darstelle. Zum Kapitel Fürsorge sei zu bemerken, daß auf die vorbeugende Fürsorge zu wenig Wert gelegt werde. Anstatt namhafte Summen in Bankwerten festzulegen, hätte man verfügbare Steuergelder lieber für Fürsorgezwecke verwenden sollen. Die Fürsorgeagenden der Gemeinde haben sich allerdings vergrößert, allein es ist kein absoluter Zuwachs an Fürsorgeeinrichtungen zu verzeichnen, sondern es wurden lediglich eine Reihe von Anstalten von der freien Fürsorge übernommen. Die Art der Uebernahme vollzog sich unter Umständen, die nichts anderes als einen Raub an der privaten Fürsorge eine Enteignung bedeuten. Die Gemeinde Wien ist bestrebt alle Fürsorgeagenden an sich zu ziehen. Sie macht nur eine Ausnahme bei den Kinderfreunden, der Societas und der Bereitschaft, die sie ausgiebig unterstützt, während die große Organisation der Caritas von jeder kommunalen Unterstützung ausgeschlossen ist. Dieser Vorgang sei eindeutig, daß die Mehrheit neben der Kommunalisierung die Politisierung der öffentlichen Fürsorge mit absolut parteipolitischen Tendenzen verfolgt. Gegen solche Grundsätze müsse die Opposition entschieden Verwahrung einlegen. Sie müsse auch dagegen protestieren, daß die christlichsozialen Fürsorgeräte in den einzelnen Bezirken von der wirklichen Mitarbeit ausgeschlossen werden und dort, wo man sie zulässt, von sozialdemokratischen Fürsorgeräten gleichsam bespitzelt werden. Rednerin zählt Beispiele auf, daß die von christlichsozialen Fürsorgeräten ausgefertigten Akten von sozialdemokratischen Fürsorgeräten kontrolliert werden. Sie bezeichnet diesen Vorgang als unzulässig, die Opposition müsse gegen die Aufrichtung eines solchen Spitzelsystems schärfstens protestieren. Die Politisierung komme auch bei der Behandlung der Alterspfründner zum Ausdruck, denen man sogar drohe, daß sie ihre Pfründen verlieren, wenn sie sich nicht sozialdemokratisch organisieren lassen. Man habe sich nicht nur mit der Entfernung der geistlichen Schwestern aus den städtischen Wohlfahrtsinstituten begnügt, sondern man bedröhe auch die Pflöglinge selbst in der unerhörtesten Weise. Wenn sie in eine christlichsoziale Versammlung gehen, dann kommt der berüchtigte Ybbszettel. Anstatt Liebe und Vertrauen habe man unter den alten Leuten die Furcht gesät, die Gemeinde ist ihnen gleichsam zum Prügelproßben geworden. Bei der Vergebung von Pflöglingen in die Familienpflege zeige es sich ebenfalls, daß es sich die Gemeinderatsmehrheit und deren Verwaltung nur darum drehe, parteipolitische Gesichtspunkte zu verfolgen. Das sei nicht gut zu heißen und es komme unter solchen Verhältnissen manchmal sogar dazu, daß sich Leute um ein Pflegekind bewerben, lediglich nur aus dem Grunde, um endlich einmal zu einer größeren Wohnung zu kommen. Zu bemän-

geln sei es auch, daß Mütter, die in Not sind, aber doch so viele Mütterliebe aufbringen, ihr Kind selbst betreuen zu wollen, von der Gemeinde bei diesem Schritt nicht wie man erwarten müsste, durch Zuweisung des vollen Pflegebetrages unterstützt würden. Es dürfe die Gemeinde nicht weiter an der Tatsache vorbeigehen, daß das erste Recht über die Kinder der Mutter, den Eltern zusteht. Was die Gemeindeverwaltung mit der Fürsorge treibe, ist nur ein einseitiger Mißbrauch des Instruments der Fürsorge. Fürsorge ist zu einem Zerrbild geworden.

GR. Wawerka (chr. soz.) bemüht sich festzustellen, daß es der Gemeindeverwaltung bei der Verlage des Budgets nur darauf ankomme, unter allen Umständen ein Defizit erscheinen zu lassen. Zu diesem Behufe wurden die Einnahmen bei verschiedenen Posten viel zu niedrig, die Ausgaben aber viel zu hoch angesetzt. Ein Vorgang, der natürlich nicht die Billigung der Minderheit bedingen könne. Die Ausübung des Schulärztlichen Dienstes bleibe im allgemeinen weit hinter den Erwartungen, die man sich davon mache zurück. Meist ist daran nichts anderes als der Zeitmangel des betreffenden Schularztes die Ursache. Seinerzeit habe Redner schon diesbezügliche Befürchtungen geäußert. wäre aber natürlich von der Mehrheit vollständig übergangen worden. Auf dem Gebiete der Kinderfürsorge habe die Gemeinde wohl, wie sich aus dem Berichte des Jugendhilfswerkes ergibt, von 165.000 Wiener Schulkindern 110.000 einen Ferienaufenthalt geboten, aber für die Erhaltung und Errichtung von Herbergen, sei wenig geschehen. Es wäre nicht so schwer, bei einigem guten Willen entsprechende Ubakationen zu finden. Redner erwarte, daß sein Antrag, den er seinerzeit dem Gemeinderat unterbreitete, nämlich Schaffung von Wanderherbergen entsprechende Würdigung finden werde.

GR. Orel (chr. soz.) spricht sich dagegen aus, daß die Leitung der Eheberatungsstelle in den Händen des Dr. Karl Kautzky verbleibe, er müsse als Vertreter des deutschen Christenvolkes dagegen protestieren, daß ein Jude Christen in Eheangelegenheiten berate. Redner bespricht dann die Errichtung des Krematoriums und erklärt, daß diese Institution keinem wirklichen Bedürfnis entspreche, sondern nur dem Haßgefühl gegen über einen alteingewurzelten christlichen Brauche Ausdruck gebe. Die jüdischen Führer der Sozialdemokratie zielen lediglich darauf hin, das christliche Volk zu Proletarier- und Sklaven zu machen, um dann über sie herrschen zu können. Diese Tendenz komme auch im vorliegenden Kapitel zum Ausdruck und deshalb werde die Opposition dagegen stimmen.

GR. May (chr. soz.) verlangt, daß genau festgesetzt werde, wieviel Einkommen die Kinder haben dürfen, damit die Eltern Erhaltungsbeträge bekommen. Bei der Einvernahme werden nämlich immer die alten Leute, die um einen Erhaltungsbetrag ansuchen gefragt, ob sie Kinder haben und wie hoch das Einkommen derselben ist. Es wäre also ein dringendes Gebot festzustellen, bei welchem Einkommen die Kinder verpflichtet sind, ihre Eltern zu erhalten. Ich will nicht, daß Kinder sich dieser Verpflichtung enthalten, aber es darf auch nicht vorkommen, daß die alten erwerbsunfähigen Eltern auf den guten Willen der Kinder angewiesen sind.

GR. Hörmayer (chr. soz.) beklagt sich über Schikanen der Pflöglinge in den Versorgungsanstalten und fragt, ob es denn notwendig sei, daß man die alten Leute in ihren letzten Lebensstagen mit Politik belästige. Die Gemeinde weigere sich auch den Müttern, die ihr Zickkind übergeben, zu sagen, in welche Anstalt diese Kinder kommen. Redner bittet die Helden-gräber und das Heldendenkmal auf dem Zentralfriedhof doch endlich herrichten zu lassen und diese Sache nicht auf ein totes Geleise zu schieben. Nicht nur allein die Parteiherrschaft soll entscheiden, sondern auf dem Gebiete der Fürsorge müssten sich eigentlich alle Parteien finden.

Referent StR. Professor Tandler (Schlusswort): Es sind gegen die Fürsorgegeräte Vorwürfe erhoben worden, daß sie Parteilich vorgehen und nach der Gesinnung der Menschen forschen. Ich muß doch ganz energisch bitten, wenn solche Vorwürfe erhoben werden, doch auch Namen zu nennen, sonst ist dieser Vorgang eines Mannes aber auch einer Frau unwürdig. Es ist niemand in diesem Saale, der behaupten könnte, daß ich ein Unrecht, das mir mitgeteilt wurde, nicht gutgemacht hätte. Wenn hier erklärt worden ist, daß die Minderheit zu den im Voranschlag enthaltenen Zahlen kein Vertrauen hat so ist das ihr gutes Recht. Aber ich muß doch auch sagen, daß es möglich ist, Gegenbeweise vorzubringen, was nicht geschehen ist. Es ist auch behauptet worden, daß vom Krematorium der Verputz heruntergefallen ist und daher der Bau als schlecht hingestellt. Ich möchte wohl wissen, wer die Kirche auf dem Zentralfriedhof gebaut hat, für die wir im vorigen Jahre 157 Millionen für Reparaturen ausgegeben haben und die unter Ihrer Aegide errichtet wurde. Dabei sind die Stiegenreparaturen für diese Kirche noch gar nicht berücksichtigt. Was nun die Tuberkulosenfürsorge anlangt, so ist sie erst von unserer Verwaltung eingeführt worden. Im Jahre 1914 hat es überhaupt in Wien so etwas nicht gegeben. Es waren nur vier private Stellen vorhanden, während ^{wir} heute acht städtische und sieben private Stellen haben. Wir haben die Lungenheilstätten Bellevue, Jubiläumsspital, Kreuzwiese, Spinnerin am Kreuz errichtet oder übernommen. Wir haben sieben Schulzahnkliniken errichtet, etwas, was es unter Ihrer Verwaltung überhaupt nicht gegeben hat. Es ist richtig, daß der Bund uns für die Ziskinder einen Beitrag leistet, aber ich muß auch feststellen, daß dieser Beitrag 512 K für den Kopf und für das Halbjahr beträgt. (Lebhafte Heiterkeit.) Bis zum Jahre 1915 hat das Haus der Barmherzigkeit von der Gemeinde überhaupt keine Verpflegskosten bezahlt bekommen. Ich glaube, das war noch unter Ihrer Verwaltung. Daß wir uns bemühen nach allen Richtungen gereicht zu sein, können Sie auch aus der Art ersehen, wie wir die Ferialfürsorge führen. Selbst die Opposition mußte zugeben, daß das Wjg unparteilich geführt wird. Der so viel erwähnte und angeblich von der Gemeinde bekämpfte Charitasverband hat nicht weniger als vier schöne Gemeindeg Häuser zur Verfügung, was bei der Societas nicht der Fall ist. Es könnten also die Vertreter der Societas mit viel mehr Recht sich darüber beschweren, daß sie von der Gemeinde schlecht behandelt werden. Nun komme ich zu der oft reklamierten Geschichte mit den Kindern in den Klöstern. Faktum ist, daß die Majorität aller Kinder, die aus den konfessionellen Anstalten herausgenommen wurden, zu ihren Eltern oder zu ihren Vormündern gekommen sind.

GRin. Dr. Motzko: Das bestreite ich entschieden.

StR. Tandler: Ich werde Ihnen die offiziellen Ziffern zur Verfügung stellen, ich verlange aber, daß Frau GRin Motzko damit in öffentlicher Sitzung die Erklärung abgibt, daß ihre Anschuldigungen falsch sind. (Lebhafter Beifall bei der Mehrheit.) Ich bin es müde, auf wahrheitsgetreue Argumente immer die Antwort zu bekommen, „das glaube ich nicht“, unter solchen Umständen ist eine Diskussion wohl überflüssig. Was GR. Wawerka über den Schulärztedienst gesagt hat, ist richtig. Es ist mir aber nicht bekannt, daß jemand von dieser Übung Abstand nehmen wollte. Auf die Bemerkungen des GR. Orel wegen des Krematoriums einzugehen, hätte ich für überflüssig. Auseinandersetzungen über diese Angelegenheit haben hier schon hinlänglich stattgefunden. Die Beschwerden der Pflinglinge in den Versorgungshäusern bitte ich nicht so tragisch zu nehmen, viel was gesagt wird, ist Mißverständnis, vieles objektiv unwahr. Man darf eben nicht übersehen, daß alte Menschen leicht zu Uebertreibungen neigen. Ich bemühe mich das Referat so unpolitisch als möglich zu führen. Hier gilt es menschliches Kapital zu verwalten und das kann man allein nur mit Menschlichkeit verwalten. So weit ich es durchführen konnte, habe ich es getan. (Lebhafter Beifall).

Gruppe III wird dann mit den Stimmen der Mehrheit angenommen.

Es gelangt nun das Kapitel V, technische Angelegenheiten zur Beratung. Amtsführender Stadtrat Siegel sagt in seinem Referat, daß ein beträchtlicher Teil der Gesamtsumme von Ausgaben auf die Gruppe V entfallen, nämlich ungefähr 44 Prozent. Alle Agenden technischer Natur werden von dieser Gruppe besorgt. Der Referent zählt die Detailziffern auf und verweist auf die Ausgabe von 100 Milliarden für Strassenerhaltung. Der Steinbruch am Exelberg wird aufgelassen, weil die Gemeinde durch die Erwerbung des großen Porphyritwerkes imstande ist, ihren ganzen Schotterbedarf daraus zu decken. Wir haben es uns auch bemüht, einen Teil der Baustoffe durch direkte Erzeugung zu gewinnen. Insbesondere ist auf die Ausgestaltung des Laaser Ziegelwerkes zu verweisen, die es ermöglichen wird, jährlich 10 Millionen Ziegel zu produzieren. Der Referent verweist ferner auf die fortschreitende Automobilisierung des städtischen Fuhrwerksbetriebes und auf die Abschaffung des Mistbauers. Fünf Bürgermeister haben vergeblich versucht dieses Uebel aus der Welt zu schaffen, aber erst unter Bürgermeister Reumann war es möglich dieser Seeschlange an den Leib zu rücken und unter Bürgermeister Seitz wird damit endgültig aufgeräumt werden. Für die Ausgestaltung des Gartenwesens sind beträchtliche Summen ausgeworfen, ebenso für die Ausgestaltung der Bäder. Wir haben auch mit einer Reform der öffentlichen Beleuchtung in Wien zu rechnen, die allmählich elektrifiziert werden soll. Dieser vollständigen Elektrifizierung stehen eine Reihe großer Hindernisse im Wege, denn der Bund muß eine gewisse Vorsicht walten lassen, daß seine Schwachstromanlagen, Telegraf- und Telefonleitungen darunter nicht leiden. Verhandlungen mit der Post- und Telegrafendirektion zielen darauf ab, diese Hindernisse zu beseitigen, so daß hoffentlich in absehbarer Zeit die Wiener Strassenbeleuchtung elektrisch ausgestaltet werden kann. Ueber den Zustand unserer Strassen wird im Laufe der Debatte sicher wieder Klage geführt werden. Für ihre Instandsetzung haben wir 100 Milliarden Kronen ausgegeben. Alles, was an Arbeitskräften vorhanden war, wurde in den Dienst gestellt und das günstige Herbstwetter hat es uns ermöglicht, diese Tätigkeit bis zu den Weihnachtstagen auszudehnen. Alle verfügbaren Strassenwalzen wurden herangezogen und neue Strassenwalzen angekauft. Zur Vergrößerung des Walzenparkes befindet sich auch eine entsprechende Post im Budget. Bei den Klagen über den Zustand der Wiener Strassen bitte ich zu bedenken, daß unsere Verkehrswege noch nie so stark hergenommen worden sind, als während des Krieges, hauptsächlich die schweren Lastkraftwagen haben ihnen furchtbare Schäden zugefügt. Ich kann nur darauf verweisen, daß wir für die Herrichtung der Strassen die doppelte Summe ausgeben, wie in normalen Friedensjahren. Zu den 591 Milliarden, die wir nach dem Voranschlag für Hochbauten ausgeben, kommen noch 830 Millionen Kronen für Hochbauten, die in der Gruppe für Wirtschaftsangelegenheiten enthalten sind und die vor allem wichtige und notwendige Bauten in St. Marx und in den Schlachthäusern betreffen. (Lebhafter Beifall).

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

RATHAUSKORRESPONDENZ

Herausgeber und verantwortl. Redakteur
Karl H o n a y .

Wien, Donnerstag, den 20. Dezember 1923.

Fortsetzung der Budgetdebatte.

VB. Hoss eröffnet um $\frac{1}{2}$ 11 Uhr die Sitzung.

Zum Worte gelangt GR. Erbau (chr. soz.): Was die Strassenherstellung betreffe, sei man in breiten Kreisen der Bevölkerung gar nicht so zufrieden, wie es der Herr Referent hinzustellen wünscht. Besonders im neunten Bezirke seien in diesem Belange sehr viele Mängel abzustellen. Ueberall könne man sehen, daß die Arbeiten zwar begonnen, aber nur im Schnecken-tempo weitergeführt würden. Das sei vor allem der Fall bei der

Makadamisierung des Freiheitsplatzes, ebenso bei den Arbeiten in der Schwarzschanerstrasse, wo sich die Passanten, die von der 2er Linie auf eine Linie in der Währingerstrasse umsteigen mußten, oftmals wahre Berge von Schotter, Steinen und Morast zu überklettern hatten, so daß sie sich nicht gerade immer in den höflichsten Ausdrücken über die gegenwärtige Verwaltung äußerten. Man könne immer und immer wieder beobachten, daß ganze Fuhrer von Schotter und Sand in die Strassen geführt wurden, dort den Verkehr erschweren, um endlich nach mehreren Wochen wieder in großen Truhnenwagen abgeführt zu werden, so ferne nicht ein Großteil von diesem Material schon von spielenden Kindern oder Wind und Wetter vertragen worden sei. Dies weise selbstverständlich nicht auf eine ökonomische Gebarung mit dem verfügbaren Kräften und dem Material hin. Was die Beleuchtung betreffe, so müsse man gestehen, daß unmittelbar vor den Wahlen die Strassen und Plätze in hellstem Lichte erstrahlten, offenbar zu dem Zwecke, der Bevölkerung zu zeigen, wie gut sie, wenn sie als Mehrheit in den Gemeinderat einzögen, die Strassen beleuchten und Instandhalten wollten. Nun hat sich aber, da sie die Mehrheit wirklich sind, dieser Zustand schon sehr verschlimmert. Jetzt gibt es wieder Strassen, in denen nur ganz wenige, spärlich leuchtende Flammen brennen, und die äußerste Gefahr besteht, daß die Bewohner dieser Strassen durch die Abtlosigkeit und Rücksichtslosigkeit der Verwaltung zu Schaden käme. Die Erhaltung der Kunstdenkmäler ist nur mit einer geringen Post bedacht. Ich möchte, fährt Redner fort, besonders die Wiener Votivkirche erwähnen, gewiß eines der bedeutendsten Kunstdenkmäler, das Wien besitzt. Der Dachstuhl dieser Kirche ist arg verfallen, das Wasser rinnt in die Kirche und muß mit Kübeln herausgetragen werden. Die Gehwege, welche von der Gemeinde bis jetzt noch nicht übernommen sind, befinden sich sehr oft in einem argen Zustand. Wenn die Gemeinde auch keine rechtliche Verpflichtung habe, für die Instandhaltung dieser Wege zu sorgen, so sei aber doch eine starke moralische Verpflichtung bestehend, nach der die Gemeinde es nicht zulassen dürfe, daß Passanten etwa durch diese Verhältnisse zu Schaden kämen. Mit der Durchführung des Wohnbauprogrammes könne man im allgemeinen einverstanden sein und müsse man sich freuen, daß durch die Verwirklichung des Programmes die Wohnungsnot gelindert würde. Ein Umstand fordere aber doch zur Kritik heraus, daß nämlich nur der Grundstein oder andere sozialisierte oder kommunalisierte Betriebe bei der Vergebung der Arbeiten bedacht würden. Es wäre sehr zu wünschen, daß dem Wiener Baugewerbe, das schon vor dem Kriege europäischen Ruf genoss, und dem man heute erhöhte Abgaben und Steuern auferlege, ebenfalls im weitesten Maße Verdienstmöglichkeiten eröffnete würde.

GR. Scholz (chr. soz.): Bei der Aufstellung des Voranschlages über den Pferdefuhrwerksbetrieb und dem Kraftwagenbetrieb könne man in mancherlei Hinsicht die Abtlosigkeit und Flüchtigkeit beobachten, mit der dieser Voranschlag gemacht worden sei. Es stimmten bei dieser Aufstellung sowohl die Einnahms- als auch die Ausgabenziffern nicht. Man habe wie aus dem Voranschlag ersichtlich nicht recht darüber nachgedacht, wie die Amortisation der Kraftwagen richtig durchgeführt werden sollte. Da diese, wenn sie für Saisonarbeiten (Bauarbeiten) verwendet würden, oft mehrere Monate unbenutzt bleiben. Im 20. Bezirke habe man löblicher Weise schon das Kehrichtabfuhrsystem Colonia eingeführt, es zeige sich aber, daß es noch nicht recht klappt. Stundenlang ständen die gefüllten Kehrichtkübel, deren Verschluss- und Kippvorrichtungen nicht richtig funktionierten, auf der Strasse und bieten wieder eine große Gefahr, daß der Wind ihren Inhalt mit sich reißt. Es müsse in dieser Hinsicht Vorsorge getroffen werden, daß diese Arbeiten geleistet würden, wie es für eine so große Gemeinde sich gehöre